

# Reise geplatzt, Versuch geglückt

**MILITÄR** Nachdem die Türkei den nächsten Besuch deutscher Abgeordneter bei Bundeswehrsoldaten verhindert hat, läuft die Debatte über Konsequenzen

AUS BERLIN TOBIAS SCHULZE

Die Reise nach Konya war ein Test. Alexander Neu hatte ihn sich vor einigen Wochen ausgedacht. Im Verteidigungsausschuss beantragte der Linken-Abgeordnete im Juni einen gemeinsamen Besuch auf der Nato-Basis in der Zentraltürkei, die übrigen Fraktionen stimmten zu, und so stand die Versuchsanordnung: Mal sehen, dachte sich Neu, ob die türkische Regierung den Besuch zulässt – oder ob sie ihn ebenso verhindert wie vor zuvor schon die Reisen ins benachbarte Incirlik.

Seit Freitagnachmittag ist das Ergebnis da: Wenige Tage vor dem geplanten Abflug der Abgeordneten hat die Türkei laut Regierungssprecher Steffen Seibert „darum gebeten, den Besuch zu verschieben“ – ihn de facto also unterbunden. In Berlin läuft seitdem eine Debatte über die Konsequenzen.

Die Opposition sowie Teile der SPD wollen die deutschen Soldaten, die in Konya in Awacs-Flugzeugen der Nato sitzen, im Zweifel abziehen. „Ohne Belegschaft können die deutschen Soldaten nicht in Konya bleiben“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Der Koalitionspartner bremst aber: Auf keinen Fall sollte Deutschland seine Soldaten abziehen, sagte der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl am Montagmorgen im Deutschlandfunk. Die Bündnistreue innerhalb der Nato sei wichtiger als die Reise des Verteidigungsausschusses.

Die Bundesregierung selbst setzt vorerst auf einen Mittelweg: In Gesprächen mit der Türkei drängt sie nach eigenen Angaben auf einen neuen Termin. Eine Frist will sie der Regie-



Ein türkischer Soldat vor einem Awacs-Flugzeug in Konya Foto: Yves Herman/reuters

## Helfen soll in den Gesprächen mit der Türkei nach Möglichkeit die Nato

gabes des Verteidigungsministeriums beobachtet sie nicht die Aktivitäten des IS, sondern nur den Luftraum über Syrien und dem Irak. Sie schauen, wer dort fliegt. Offiziell, um Kollisionen westlicher Kampfflieger mit anderen Flugzeugen zu verhindern. Sicherlich aber auch, um Aktivitäten der russischen und syrischen Luftwaffe zu überblicken.

Die Awacs tragen für diese Aufgabe große Radarantennen auf dem Rücken. Die Flugzeuge fliegen zwar nur über der Türkei und dem Mittelmeer und nicht

über den Krisenländern selbst. Schon von dort aus nehmen sie wegen ihrer Flughöhe aber mehr wahr als Radarantennen auf dem Boden. Bundeswehr, Nato und die US geführte Militärkoalition für Syrien und dem Irak würden deshalb nur ungern an die Awacs-Flüge verzichten.

Die deutsche Opposition hätte damit natürlich weniger Probleme. Der Abgeordnete Neu, dessen Konya-Experiment nun aufgegangen ist, fordert das Ende des Einsatzes. Die Linke sei ohnehin gegen die deutsche Beteiligung, schon aus völkerrechtlichen Gründen. „Davon abgesehen müssten auch die anderen Fraktionen begreifen, dass ein Weiter so' nicht möglich ist, wenn Besucher deutscher Abgeordneter nicht möglich sind“, sagt er.

# Problematische Traditionspflege

**GESCHICHTE** Die Verteidigungsministerin hat angekündigt, die Namen von Kasernen zu prüfen. Die Linke wollte wissen, wie der Stand der Dinge ist. Antwort: Bei neun Kasernen laufe „der Prozess“

BERLIN taz | Einen Tag vor der Wiedervereinigung machte Rainer Eppelmann kurzen Prozess: Der Verteidigungsminister der DDR ließ sämtliche Liegenschaften der Nationalen Volksarmee umbenennen. Insgesamt 299 Traditionsnamen wurden am 2. Oktober 1990 mit einem Federstrich getilgt. Manch zweifelhafte Namenspatrone verschwanden, allerdings auch etliche von den Nazis hingerichtete Widerstandskämpfer. Selbst die Namen der beiden 1917 in den letzten Zukzungen des Kaiserreichs hingerichteten Friedensbewegten Matrosen Max Reichpietsch und Albin Kobia wurden gelöscht.

Solch eine Beherrschung hätte sich mancher auch für die alte Bundesrepublik gewünscht. Seit Jahrzehnten fordern Friedensinitiativen die Umbenennungen von Kasernen, die nach fragwürdigen Personen der deutschen Militärgeschichte benannt sind – und davon gab und gibt es bis heute etliche. Anders als bei der NVA standen die allerdings nie in Kommunismusverdacht. So wurden gerade mal 13 Kasernen umbenannt. Bis heute tragen Bundeswehrkasernen die Namen von „Helden“ der NS-Wehrmacht oder kaisertreuer antideutschdemokratischer Militärs.

Wie schwer sich das Verteidigungsministerium immer noch mit dieser problemati-



Max Reichpietsch (l.) und Albin Kobia Foto: Gircke/Ullstein Bild

schen „Traditionspflege“ tut, zeigt seine Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei, die der taz vorlegt. Anlass ist der Fall des terrorverdächtigen Bundeswehroffiziers Franco A. Nach dem Auftreffen des rechts-extremen Bundeswehroffiziers hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Mai Bundeswehrkasernen nach Wehrmachtsdevotionalien durchsuchen lassen. Außerdem kündigte sie an, die Namensgegenden von Kasernen zu prüfen.

Ob die Bundeswehr konkrete Pläne für Umbenennungen habe, wollte die Linkspartei-Abgeordnete Jan Korte nun wissen. Die Antwort des Ministeriums: „Im Zuge der gegenwärtigen Diskussionen zum Traditionswissenstand der Bundeswehr wurde entschieden, diesen Pro-

zess dort erneut anzustoßen, wo Kasernen nach Personen oder anderweitig benannt sind, die nicht im Einklang mit dem heutigen Traditionswissenstand der Bundeswehr stehen können.“

Bei der Prüfung, ob eine Umbenennung zu erfolgen habe, gelte es, „bei den Bundeswehrangehörigen einen offenen Meinungsbildungsprozess anzustellen und mit den Vertretern der Kommunen in einen entsprechenden Dialog zu treten.“

Bei neun Kasernen laufe derzeit dieser „Prozess“, der noch 2017 abgeschlossen sein solle. Konkret benennt das Ministerium die Mudra-Kaserne in Köln, die Marselle-Kaserne in Appen, die Lent-Kaserne in Röthenburg, die Feldwebel-Lilienthal-Kaserne in Delmenhorst, die Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne

## Nächtliche Randale in der schwäbischen Provinz

**KRIMINALITÄT** Übergriffe in Schorndorf. Ob und wie viele Flüchtlinge dabei waren, wird geklärt

SCHORNDORF taz | Schockierende Meldungen über Randale auf dem Schorndorfer Stadtteil „SchoWo“ gehen seit Sonntag durchs Netz. Von „Ausschreitungen“ und „bürgerkriegähnlichen Zuständen“ ist die Rede. Ebenso, dass sich „tausend Flüchtlinge“ Samstagnacht in der schwäbischen Provinz eine Schlacht mit der Polizei geliefert hätten. Die Schreckensmeldungen kursieren bei Twitter unter dem Hashtag #koelnbnbf oder zynisch unter #Einzelfall. Auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hielt sich am Sonntag auf Facebook mit Kommentaren nicht zurück: „Übergriffe bei einem an sich friedlichen Fest. Und wieder jugendliche Migranten mittendrin.“

Kaum 30 Stunden später geben der SPD-Oberbürgermeister der Stadt Matthias Klopfer und der Polizeipräsident Roland Eisele im Schorndorfer Rathaus eine Pressekonferenz. Sie versuchen, den Gerüchten mit Fakten beizukommen. Demnach gab es am Freitag und Samstagabend auf dem Schorndorfer Wochenmarkt zwei sexuelle Übergriffe. In dem einen Fall wird gegen drei Afghanen im Alter von 18 bis 20 Jahren ermittelt, die ein 17-jähriges Mädchen „angegrapscht“ haben sollen. Im zweiten Fall laufen die Ermittlungen gegen einen 20-jährigen Frager, der eine 24-jährige Frau bedrängt haben soll. In der Nacht zum Sonntag kam es dann auf der benachbarten Schlosswiese, auf der etwa 1.000 Jugendliche feierten, zu Aggressionen und Ausschreitungen, „wie wir sie bisher noch nicht kannten“.

Nach Darstellung der Polizei haben Einzelnen aus der „anoymen Massen“ Polizei und Passanten aggressiv angegangen und später mit Flaschen beworfen. Nach Zeugenaussagen sollen Gruppen von Randalierern noch Stunden später angeblich mit Messern durch die Stadt gezogen sein. Auch da laufen die Ermittlungen noch.

Im Fall der sexuellen Übergriffe wird gegen die vier mutmaßlichen Täter ermittelt. Bei

den Übergriffen auf der Schlosswiese gab es bisher keine Festnahmen, die Ermittlungen laufen noch. Deshalb konnte Polizeipräsident Eisele auch keine Auskunft dazu geben, ob es sich bei diesen gewalttätigen Jugendlichen auch um Asylbewerber oder Migranten handelt. Man sei für die Identifizierung der Täter auf weitere Zeugen angewiesen.

Für den Polizeipräsidenten ist jedoch weniger die Herkunft entscheidend für solche Ausschreitungen, die erlebe die Polizei seit Jahren in wachsendem Maß. Hauptgrund für die wachsende Aggressivität, auch gegen Polizeibeamte, sei Alkohol. In diesem Zusammenhang wandte sich der Schorndorfer Oberbürgermeister mit

## Wegen der sexuellen Übergriffe ermittelt die Polizei

Kritik an die grün-schwarze Landesregierung. Bisher herrsche im Schorndorfer Schlosspark ab 23 Uhr Alkoholverbot, das man in den letzten Jahren auch während des Fests durchgesetzt hatte. Die Stadt hatte im Jahr darauf verständigt, erst nach Mitternacht das Verbot durchzusetzen. Angesichts der Vorfälle in seiner Stadt nannte Klopfer diese Entscheidung falsch. Nach einer Gesetzesänderung, die die grün-schwarze Koalition vereinbart hatte, soll das pauschale Alkoholverkaufsverbot nach 22 Uhr bis nächstes Jahr fallen.

Mit Blick auf Boris Palmer, der im Netz beklagt hatte, als Rassismus gebrandmarkt zu werden, wenn er Integrationsprobleme offen anspreche, sagte Schorndorfs OB: „Ich bin der Letzte, der sich einer schounlosen Analyse verweigert. Aber es ist die Aufgabe eines Oberbürgermeisters, Integration zu ermöglichen, und die Aufgabe der Polizei, Straftaten zu verfolgen.“ BENNO STIERER

taz.genossenschaft

**JEDES WEITERE  
MITGLIED SCHAFT  
MEHR UNABHÄNGIGKEIT**

Die Zeiten ändern sich.  
Bestimmen Sie mit,  
in welche Richtung.

die 25 genossenschaft · taz

Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerInnen werden.

geno@taz.de | T (030) 25902213 | www.taz.de/genossenschaft

RMI SEHSTERN